

Bericht des Bundesraat für Nedderdüütsch

Sitzung des Beratenden Ausschusses für Fragen der niederdeutschen Sprachgruppe beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat am 05. November 2019

Die Zeitspanne zwischen der letzten Sitzung des Beratenden Ausschusses im Oktober 2018 und der heutigen Sitzung war für den BfN auch gleichzeitig das erste Jahr in der neuen Zusammensetzung nach der Konstituierung für die Delegierungsperiode bis 2022. Das Jahr hat gezeigt, dass die vorhandene Zusammensetzung des BfN von sprachpolitisch auf Länder- und Bundesebene erfahrenen Delegierten und neu hinzugekommenen sich durchaus positiv und fruchtbar auf bestimmte Diskussionen und Vorhaben ausgewirkt hat und sicher auch weiter auswirken wird. Ein ebenso positiver Aspekt des vergangenen Jahres war die hervorragende Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit des BfN durch die Leiterin des Niederdeutschsekretariats, welche eine verlässliche Kontinuität in der sprachpolitischen Arbeit gewährleistet. Über die Bundesförderung des Sekretariates und den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund e. V. als Zuwendungsempfänger ist die Sprechergruppe daher nach wie vor sehr froh und wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, dass die Arbeit des Sekretariates durch eine Werkstudentin zunächst von Oktober bis Dezember 2019 unterstützt werden kann. Zugleich kann sie auf diese Weise die konkreten sprachpolitischen Strukturen auf Länder- und Bundesebene kennenlernen. Eine weitere positive Entwicklung seit der letzten Sitzung bezieht sich auf die Räumlichkeit des Niederdeutschsekretariats. Das Niederdeutschsekretariat konnte Anfang September in das neue Büro im Bieberhaus am Hamburger Hauptbahnhof ziehen. Das Büro am Heidi-Kabel-Platz 1 ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut erreichbar und bietet über das Büro hinaus auch die Möglichkeit zu tagen.

Der notwendige Diskurs zwischen allen Akteuren der Niederdeutschförderung, insbesondere mit Mitgliedern des Bundestages, mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, den Landesregierungen bzw. -verwaltungen sowie mit dem Minderheitenrat und -sekretariat wurde durch den BfN auch in dem Berichtszeitraum weiter praktiziert, sei es z. B. durch Gespräche mit Mitgliedern des Bundestages, durch die Teilnahme am Tag der offenen Tür der Bundesregierung und an den Feierlichkeiten zum Tag der Einheit in Kiel, durch die Teilnahme an einer Minderheitenratssitzung oder aber auch durch kontinuierlichen Kontakt mit dem für uns zuständigen Referat beim BMI und bei BKM. Eine erfreuliche Neuerung ist, dass es uns mit Unterstützung des Minderheitenrates und -sekretariates gelungen ist, dass künftig auch die Vertreter*innen der niederdeutschen Sprechergruppe in das Gesprächskreistreffen des Innenausschusses des deutschen Bundestages mit Vertreter*innen der Minderheiten strukturell eingebunden sind. Als sehr positiv hat sich die Zusammenarbeit der niederdeutschen Sprechergruppe mit den nationalen Minderheiten im Rahmen der interaktiven Wanderausstellung herausgestellt. Die Sprechergruppe begrüßt es sehr, dass zum ersten Mal eine gemeinsame Außendarstellung aller Gruppen erstellt wird. Auch in diesem Jahr führten die Sprecherin des BfN und die Leiterin des Niederdeutschsekretariats Gespräche mit Mitgliedern des Beratenden Ausschusses Niederdeutsch. Neben geplanten Maßnahmen und Projekte ging es auch um den Wunsch der Sprechergruppe nach einer Debatte zu den Regional- und Minderheitensprachen im Deutschen Bundestag, der von den Abgeordneten begrüßt wurde. An dieser Stelle möchten wir

unseren Wunsch nach einer Debatte zum kulturellen und identitätsstiftenden Wert von Regional- und Minderheitensprachen in Deutschland noch einmal bekräftigen.

Die Zusammenarbeit mit den Landesvertreter*innen und -gremien der acht Länder gestaltet sich dagegen von Land zu Land recht unterschiedlich. Der BfN regt an, gemeinsam darüber nachzudenken, in Zukunft evtl. auch themenbezogen zusammenzuarbeiten, (z. B. im Bildungsbereich). Denn einen besonderen Fokus legt die Sprechergruppe seit langem auf Maßnahmen im Bildungsbereich. Hierzu sei an die diesjährige zentrale niederdeutsche Veranstaltung anlässlich des Europäischen Tages der Sprachen im September 2019 in Leck erinnert, die unter dem Thema der Sprachenvielfalt und frühen Mehrsprachigkeit stand, mit Beteiligung der in Schleswig-Holstein lebenden Minderheiten. Bitte bereits heute vormerken: Niederdeutsche Veranstaltung anlässlich des Europäischen Tages der Sprachen am 26. September 2020 in Hamburg.

Im Rahmen des Charta-Monitorings hatten wir darauf hingewiesen, dass die Teil II-Länder Brandenburg, NRW und Sachsen-Anhalt stärker als bisher in den Prozess einbezogen werden sollen. Inzwischen hat sich tatsächlich in diesen Ländern einiges bewegt. So hat sich im Juni in NRW der Beirat Niederdeutsch an der Landesregierung gebildet, damit verfügen nach unserer Auffassung nun alle acht Länder über ein Gremium, was Aufgaben der Koordinierung der Niederdeutschförderung zwischen der Landespolitik und der jeweiligen Sprechergruppe übernehmen kann. Die Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg wollen künftig im Bereich der Niederdeutschpflege stärker zusammenarbeiten, was durch einen gemeinsamen Kabinettsbeschluss bestätigt wurde, eine erste gemeinsame Gremiumssitzung hat bereits Anfang des Jahres stattgefunden.

Im genannten Zeitraum waren für uns vor allem zwei – auf den ersten Blick – recht unterschiedliche fachliche Themen von Bedeutung: 1. **Plattdeutsch in der Pflege** und 2. **die Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Niederdeutschförderung und Sprachenpolitik**, was sich auch in den vom BfN und Niederdeutschsekretariat durchgeführten und durch BfM und durch das Land Brandenburg geförderten Veranstaltungen ausdrückt.

Zu 1. Plattdeutsch in der Pflege

Hierzu wurde u. a. im Mai gemeinsam mit der Sprechergruppe Brandenburgs und dem Land Brandenburg ein Symposium in Wittstock veranstaltet, bezugnehmend auf Artikel 13 (Wirtschaftliches und soziales Leben) der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen: „In Bezug auf wirtschaftliche und soziale Tätigkeiten verpflichten sich die Vertragsparteien, insoweit die staatlichen Stellen zuständig sind, in dem Gebiet, in dem die Regional- oder Minderheitensprachen gebraucht werden, im Rahmen des Zumutbaren: sicherzustellen, dass soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser, Altersheime und Heime die Möglichkeit bieten, Sprecher einer Regional- oder Minderheitensprache, die aufgrund von Krankheit, Alter oder aus anderen Gründen der Betreuung bedürfen, in deren eigener Sprache aufzunehmen und zu behandeln.“ Auf Grund dieser Forderung der Europäischen Sprachencharta und auf Grund des anerkannten Grundsatzes der Pflegewissenschaft, dass Sprache eines der wesentlichen Elemente der Pflege darstellt, wurden u. a. folgende Fragen diskutiert:



- Welche Möglichkeiten gibt es, das Thema „Plattdütsch in de Pleeg“ stärker als bisher in die öffentliche Wahrnehmung zu bringen? Welche konkreten politischen Maßnahmen/Initiativen sind auf Bundes- und Landesebene denkbar?
- Wie kann der Bereich Sprache und Kommunikation und insbesondere angemessene Kommunikation zwischen den Pflegefachkräften und den zu Pflegenden in der Muttersprache (also auch in der niederdeutschen Sprache) stärker in den Ausbildungsstandards verankert werden? Welche Einflussmöglichkeiten sehen Sie als Politiker, Praktiker bzw. Plattsprecher?
- Wie kann es nach einem erfolgreichen Einsatz von Wörterbüchern in einigen Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern weitergehen? Welche Initiativen wünschen Sie sich oder planen Sie?
- Wie könnte ein interdisziplinärer Ansatz verschiedener Wissenschaften zur Unterstützung unseres Anliegens aussehen?

Im Anschluss daran hat der BfN die „Wittstocker Erklärung“ verabschiedet, die inzwischen an einige Landesregierungen übergeben wurde. In diesem Zusammenhang begrüßt der BfN nachdrücklich die Initiativen des LZN, dieses Thema in den vier Trägerländern weiter zu verfolgen und praktisch umzusetzen. Wir stehen einer weiteren Zusammenarbeit auf diesem Gebiet (über die geplante Pflegebroschüre hinaus) offen gegenüber.

Im Rahmen des Symposiums wurde auch das vom BfN herausgegebene Erinnerungsbuch „Weetst du noch?“ vorgestellt. Das Buch richtet sich an Personal, das im Pflegebereich tätig ist und lässt sich u. a. für die Biografiearbeit im Pflegebereich einsetzen. Erfreulicherweise ist die Nachfrage nach dem Material bei Alten- und Pflegeeinrichtungen sehr hoch.

Zu 2. Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Niederdeutschförderung und Sprachenpolitik

Die Motivation von jungen Erwachsenen zu wecken, sich generell in die Politik einzubringen, aber speziell auch in die Sprachenpolitik, stellt eine Herausforderung für alle Minderheiten und auch für unsere Sprechergruppe dar. Daher freuen wir uns, mit den Ländervertretern dazu unter TOP 6 ins Gespräch kommen zu können. Hier soll an dieser Stelle nur auf die gestrige Veranstaltung „Junge Lüüd in Berlin“ in der Landesvertretung von Schleswig-Holstein und Niedersachsen hingewiesen werden. Diese Veranstaltung entspricht den im Bundestagsbeschluss vom Juni 2017 geäußerten Überlegungen hinsichtlich einer jährlichen Veranstaltung zur Förderung des Bekanntheitsgrades der Charta-Sprachen im Zusammenwirken der Dachverbände der nationalen Minderheiten und der niederdeutschen Sprechergruppe mit staatlichen Stellen. Wir haben vor, auch im kommenden Jahr diese nun begonnene Veranstaltungsreihe gemeinsam mit den Minderheiten fortzusetzen, auch unter einem bestimmten thematischen Aspekt.